

Falsche und richtige Antworten auf die humanitäre Krise in Gaza 3. 8. 2025

Die dramatische Zuspitzung der humanitären Situation in Gaza in Folge des Krieges, den die Hamas am 7. Oktober 2023 gegen Israel begonnen hat, hat in den letzten Tagen zu verstärkter internationaler Aktivität geführt. Es soll vor allem Druck auf Israel ausgeübt werden. Hermann Kuhn, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Bremen/Unterweser, erklärt dazu:

„Die Konferenz, die Frankreich und Saudi-Arabien in New York ausgerichtet haben, sendete eine zwiespältige Botschaft. Einerseits hält die Abschlusserklärung fest, dass der Krieg in Gaza nur ein Ende finden kann, wenn die Hamas besiegt und entwaffnet ist; dass es eine Herrschaft der Hamas in Gaza in Zukunft nicht mehr geben darf. Andererseits verurteilt die Erklärung grundsätzlich das Vorgehen Israels, das genau dieses Ziel hat. Aber was stattdessen? Ein anderer Weg zur Beendigung des Krieges wird nicht vorgeschlagen. Die Wahrheit bleibt: Was in Gaza geschieht, ist der Krieg der Hamas. Für Tod und Leid ihrer eigenen Bevölkerung trägt die Hamas die Verantwortung. Der Krieg ist zu Ende, wenn sie die Waffen niederlegt und alle Geiseln freilässt, die sie seit 666 Tagen gefangen hält.

Die andere Botschaft ist die Ankündigung mehrerer Staaten, nun „Palästina“ anerkennen zu wollen. Solche Proklamationen ändern an der Situation in Gaza überhaupt gar nichts; sie schaden aber, weil sie als Sieg des Terrors gefeiert werden. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ist immer dafür eingetreten, dass alle Völker das Recht haben, selbstbestimmt über ihren Weg zu entscheiden, in eigenverantworteten politischen Strukturen. Aber einen palästinensischen Staat gibt es noch nicht, er muss erst entstehen – das geht nur in Verhandlungen, mit Israel. Und das Ergebnis muss die Sicherheit Israels gewährleisten. Das ist die Lehre aus 77 Jahren Krieg und Terror gegen das Land.

Die Staaten, die mit der Anerkennung eines Staates Palästina Druck auf Israel ausüben wollen, sollten besser Verantwortung übernehmen und im Sinne der französisch-arabischen Allianz realisierbare Vorschläge machen, zur Entwaffnung der Hamas und für die Zeit danach, für eine Übergangsverwaltung von Gaza. Wir sind der Überzeugung, dass dies nur gemeinsam mit den arabischen Nachbarn und westlichen Staaten geschehen kann und dass auch die PLO dabei eine Rolle spielen kann. Es ist ein Fehler der israelischen Regierung, für die Zukunft des Gaza-Streifens keine verhandlungsfähigen Ideen zu haben, vielmehr Phantasien einer Annexion Raum gegeben zu haben. Die DIG lehnt solche völkerrechtswidrigen Pläne entschieden ab, für Gaza wie für die Westbanks.

Seit den letzten Tagen gibt es – hoffentlich nachhaltig – eine Wende in der humanitären Situation in Gaza. Israel hatte die Versorgung gestoppt, um die Hamas zu treffen, die ja immer mitversorgt wird; und dann andere Verteilwege eingeführt, um das auszuschließen. Getroffen wurde aber die Masse der Menschen in Gaza: Hunger, Erschöpfung und Chaos nahmen zu. Das war ein schwerwiegender Fehler der israelischen Regierung, dazu gedrängt von den rechtsextremen Koalitionsparteien.

Wir begrüßen es, dass die deutsche Regierung wesentlich dazu beigetragen hat, dass Israel diesen Fehler nun korrigiert, und bei einer nachhaltigen Korrektur unterstützen will. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich weiter gegen alle Sanktions- und Ausschlussdrohungen auszusprechen und solche Beschlüsse auf internationaler Ebene zu verhindern. Denn das wäre ein Sieg der Boykottbewegung, die Israel einseitig zur Ursache allen Übels erklärt. Wir wenden uns entschieden gegen den Stopp deutscher Waffenlieferungen. Israel muss sich verteidigen können, muss abschreckungs- und handlungsfähig bleiben, auch gegen die Huthis, die Hisbollah und den Iran.“

Zusammenfassend stellt Hermann Kuhn fest: „Die israelische Antwort auf das Massaker am 7. Oktober war und ist legitim, für den Krieg ist die Hamas verantwortlich. Ihre Terrorherrschaft über Gaza muss beendet werden. Israel muss seine Fehler im Krieg korrigieren und zukunftsfähige Lösungen verfolgen. Aber die internationale Gemeinschaft muss auch selbst zur erfolgreichen Beendigung des Krieges und zu einem Neustart in Gaza beitragen – inhaltsleere Proklamationen und einseitige Sanktionen sind dafür der grundsätzlich falsche Weg.“